

## Kritik an der These vom „Ende des Staatenkrieges“

In dem Text „Das Ende des Staatenkrieges“ wird die These vertreten, dass klassische Kriege zwischen Staaten zunehmend an Bedeutung verlieren. Stattdessen stünden innerstaatliche Konflikte, Bürgerkriege und asymmetrische Gewaltformen im Vordergrund. Diese Annahme war besonders nach dem Ende des Kalten Krieges verbreitet: Die meisten bewaffneten Konflikte der 1990er und frühen 2000er-Jahre waren Bürgerkriege (z. B. in Ruanda, Somalia, Jugoslawien). Hinzu kam die Vorstellung, dass wirtschaftliche Verflechtungen und internationale Institutionen zwischenstaatliche Gewalt zunehmend überflüssig machen.

Diese Argumentation muss jedoch – Stand heute – kritisch hinterfragt werden:

- Der Ukrainekrieg als Gegenbeispiel: Der russische Angriff auf die Ukraine 2022 zeigt deutlich, dass Staaten weiterhin bereit sind, klassische zwischenstaatliche Kriege zu führen. Hier kämpfen reguläre Armeen zweier souveräner Staaten gegeneinander – mit massiver Gewalt, hoher Intensität und klaren politischen Zielen. Damit erfüllt dieser Konflikt genau die Kriterien eines Staatenkrieges, wie sie in der politikwissenschaftlichen Literatur (z. B. AKUF) genannt werden.
- Weitere Staatenkriege und -konflikte: Auch andere Konflikte wie die Kämpfe zwischen Armenien und Aserbaidschan um Bergkarabach, die wiederkehrenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan oder die Drohkulisse zwischen Nord- und Südkorea zeigen, dass zwischenstaatliche Gewalt keineswegs verschwunden ist.
- Hybride Kriegsführung ergänzt, ersetzt aber nicht: Zwar gibt es heute neue Formen der Gewalt wie Cyberangriffe, verdeckte Operationen und asymmetrische Kriegsführung. Doch diese Entwicklungen ergänzen den klassischen Staatenkrieg – sie machen ihn nicht obsolet. Im Ukrainekrieg etwa werden hybride Elemente (Desinformation, Cyberattacken) eingesetzt, aber im Zentrum steht die konventionelle militärische Auseinandersetzung.
- Fehleinschätzung nach 1990: Die Annahme vom „Ende des Staatenkrieges“ war stark von den damaligen Entwicklungen geprägt, als Bürgerkriege dominierten. Sie unterschätzte aber die langfristige Bedeutung geopolitischer Machtkonflikte und territorialer Ansprüche, die jederzeit in klassische Kriege umschlagen können.

Die These vom Ende des Staatenkrieges ist daher aus heutiger Sicht zu kurz gegriffen. Zwischenstaatliche Kriege sind zwar seltener geworden, aber keineswegs verschwunden. Der Krieg in der Ukraine führt eindrücklich vor Augen, dass Staaten weiterhin zu massiver Gewalt greifen, wenn politische und territoriale Interessen auf dem Spiel stehen. Friedens- und Sicherheitspolitik darf diesen Aspekt nicht vernachlässigen.